

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 24 / 41. Jg.

15. Juni 1928

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit Graph. Technik 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu bezich. durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Westpostvereins 1.-Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsasserstraße 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24 - Druck und Exposition
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - Zuschriften an die Expedition erbeten. **Postverlagsort Schkeuditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsasserstr. 86-88. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9

Der Einfluß der Banken auf den Wirtschaftsverlauf.

Wer die Geschäftsberichte großer, mittlerer oder auch nur kleiner Aktiengesellschaften durchblättert, kann feststellen, daß in den einzelnen Aufsichtsräten auch Vertreter des Bankkapitals mehr oder minder zahlreich vertreten sind. In den Nachkriegsjahren ist gerade ihr Einfluß ganz gewaltig gewachsen. So gehört beispielsweise der Geschäftsinhaber der Darmstädter- und Nationalbank, Jakob Goldschmidt, heute nicht weniger als 94 Aufsichtsräten an, während er 1913 noch einen einzigen und 1918 4 Aufsichtsratsposten innehatte. Eine ähnliche Entwicklung ist auf der ganzen Linie zu beobachten. Wieviel Aufsichtsräte von Direktoren vier deutscher Großbanken besetzt waren, zeigt folgende Aufstellung. Es vertreten Direktoren der:

	Aufsichtsratsposten 1913	1927/28
Deutschen Bank	29	150
Dresdener Bank	31	133
Darmstädter- und Nationalbank	10	128
Berliner Handelsgesellschaft	40	124

Die verstärkte Einflußnahme des Bankkapitals auf die Industrie wird vor allem durch den Umstand begünstigt, daß die unpersönliche Aktiengesellschaft immer mehr zur herrschenden Unternehmensform wird. Von Ende 1913 bis Anfang 1927 ist ihre Zahl von 5000 auf über 12.000 gewachsen. Besonders in der Epoche der Inflation schossen ja bekanntlich in allen möglichen und unmöglichen Gewerben die Aktiengesellschaften wie Pilze aus der Erde. Selbst während der reinigenden Ära der Kreditknappheit in den Jahren 1924 und 1925, als der Konkurswind mit bis dahin ungekannter Heftigkeit wehte, fand nur ein kleiner Teil der während der inflatorischen Scheinblüte entstandenen Aktiengesellschaften den erwünschten Tod. Ihre Zahl ist heute mehr als doppelt so hoch wie in den Vorkriegsjahren. Das erfordert dann auch mehr als doppelt so viel Aufsichtsratsmandate und Tantiemen, woran die Bankenvertreter in hohem Maße Anteil zu nehmen verstanden.

Eine weitere Möglichkeit auf die Zusammensetzung der Aufsichtsräte Einfluß zu nehmen, ist den Bankenvertretern durch die bestehenden aktienrechtlichen Bestimmungen gegeben. Ein großer Teil des aktienbesitzenden Publikums ist an der Verwaltung der Unternehmungen, von denen es Aktien besitzt, nicht interessiert. Das trifft so ziemlich auf das ganze Heer der Spekulanten zu. Hier ist das Augenmerk nur auf die Kursbewegung, besser auf die Kursschwankungen, gerichtet, um durch Kaufen oder Abstoßen zum gegebenen Zeitpunkt zu verdienen. In der Praxis spielt sich die Spekulationstätigkeit so ab, daß der entsprechende Auftrag einer Bank übergeben wird, die meist auch einen bestimmten Spekulationskredit gewährt und die Aktien zur Verfügung hält. Fördert der betreffende Eigentümer der Aktie zur Generalversammlung des Unternehmens die Papiere nicht an - und die große Zahl der an der Verwaltung Desinteressierten tut es nicht - so ist der jeweilige Inhaber der Aktie, also das betreffende Bankhaus, aktienrechtlich befugt, entsprechend der Anzahl der bei ihm liegenden Wertpapiere auch für die interessierten Eigentümer das Stimmrecht auszunützen. Die Spekulationstätigkeit hat in den Nachkriegsjahren erheblich an Boden gewonnen, damit auch die Aufträge bei den Banken und ihr Vorrat an Aktien, womit ihnen die Möglichkeit gegeben ist, auf die Verwaltung der Unternehmungen über die Sitzverteilung im Aufsichtsrat Einfluß zu gewinnen.

In den ersten Zeiten nach der Währungsstabilisierung war der Bankkredit für die von flüssigem Kapital entblöhten Unternehmungen vielfach der einzige Weg, wieder zu Blut und Leben zu kommen. Das von der Industrie den Banken gewährte Äquivalent bestand vielfach nicht nur in hohen Zinsen und Provisionen, sondern auch in der Übertragung von Aufsichtsratsmandaten an die Inhaber der betreffenden Bankinstitute.

Es fragt sich nun, in welcher Richtung die verstärkte Einflußnahme des Bankkapitals den Aufschwung der Wirtschaft zu beeinflussen vermag.

Mit einer Verkleinerung der bankmäßigen Einflußsphäre ist kaum zu rechnen, denn das zeitweilig während der Inflation hervorgetretene Bestreben starker Industrieller, große Banken unter ihre Herrschaft zu bekommen, ist als endgültig fehlgeschlagen zu betrachten. Es sei hier nur an die Stimmessche Beteiligung an der Berliner Handelsgesellschaft erinnert. Beim Zusammenbruch des Stimmkonzerns waren es gerade die Anteile an diesem Unternehmen, die zuerst, wie es in den Berichten des aus Banken bestehenden Stützungs-konsortiums damals hieß: „von Freunden des Instituts“ zurückgekauft wurden. Heute wagt kaum noch ein Industriegewaltiger den Banken die Herrschaft auf dem Kreditmarkt streitig zu machen. Sie herrschen unumschränkt.

Den Banken kommt es, wie allen Interessenten der kapitalistischen Wirtschaft, in erster Linie darauf an, am Einzelunternehmen zu verdienen. Und das nicht nur durch entsprechende Verzinsung des dem Unternehmen zur Verfügung gestellten Kapitals, sondern auch gemäß ihrem Einfluß durch Beteiligung am Betriebsüberschuß.

Für Hergabe von Krediten und ihre Höhe ist der ausgewiesene Gewinn vielfach Vorbedingung und Richtschnur. So wirken die Banken stets in der Richtung, Gewinne auszuschütten, auch wenn diese vernünftigerweise dem Unternehmen ganz oder teilweise verbleiben müßten. Nicht die Höhe der gezahlten Arbeitslöhne ist für sie maßgebend, sondern der Gewinn, auch wenn dieser auf Kosten der Löhne geht. In dieser Beziehung ist eine Feststellung in dem Schmalenbach-Gutachten über die Lage des Rheinisch-Westfälischen Steinkohlenbergbaues von Bedeutung, es heißt dort wörtlich: „Einige Werksdirektoren haben bekundet, daß sie Rücksicht auf ihre Banken nehmen müssen; wenn nicht ein gewisser, wenn auch kleiner Gewinn ausgewiesen werde, so sei der Kredit gefährdet.“

Sehr groß ist der Einfluß der Banken auf die industrielle Konzentrationsbewegung. Gewährt ein Bankhaus einem Industrieunternehmen Kredit, so ist es an dessen Sicherung interessiert. Diese wiederum ist dann am ersten gegeben, wenn das Unternehmen rentabel arbeitet. Und diese Voraussetzung glaubt der Privatwirtschafter durch Ausschaltung des preisdrückenden Konkurrenzkampfes am sichersten erfüllt, wenn sich also die Unternehmungen einer bestimmten Branche in einem Kartell oder Konzern zusammenfinden. Noch deutlicher wird die zur Konzentration drängende Tendenz des Bankkapitals, wenn ein Bankinstitut an mehreren gleichartigen Unternehmungen interessiert ist. Dann soll - immer damit der Bankkredit gesichert bleibt - keines im Preiskampf Schaden leiden, was aber nur durch Zusammenschluß möglich ist. Diese Feststellungen sind beileibe nicht rein theoretisch. In Deutschland diskutiert man beispielsweise schon seit Jahren die Möglichkeiten eines Zusammenschlusses in der Automobilindustrie, um den Konkurrenzkampf mit den billigen amerikanischen Fordwagen bestehen zu können. Das größte Hindernis für einen deutschen Autotruster waren bisher die im Familienbesitz befindlichen Werke, vor allem Opel und Brennabor, wo das Bankkapital nur einen bescheidenen Einfluß hat. Bisher ist ein einziger großer Zusammenschluß in der Autobranche erfolgt, nämlich die Fusion von Daimler und Benz. Sie kam nur zustande, weil die Deutsche Bank an den beiden Gesellschaften stark interessiert und deshalb das zur Verschmelzung drängende Element war. Neuerdings waren wieder Zusammenschlußpläne in der Automobilindustrie, sie zeigen aber nur ausschnittsweise die stets lebendige Konzentrationstendenz, die dem Wirken des Bankkapitals innewohnt.

Die Schlußfolgerungen aus dieser Entwicklung für die organisierte Arbeiterschaft, für die Gewerkschaften, sind sehr naheliegend. In einer sich immer mehr zusammenballenden Wirtschaft kann nur eine ebenso fest geschlossene Einheitsmacht der Arbeitnehmerschaft Erfolge erzielen. Diese Erkenntnis ist zwar nicht neu, doch gilt es, sie in der Werdelängigkeit immer wieder in den Vordergrund zu stellen, denn je breiter der Kreis arbeitender Menschen ist, der sie erfährt, um so mehr

wird sich der gewerkschaftliche Gedanke befestigen. Des weiteren läßt die gezeichnete Wirtschaftsentwicklung auch die Heftigkeit kommender Lohnkämpfe ahnen, die ja um den Ertrag der Wirtschaft geführt werden, auf den so mächtige Gruppen wie das Bankkapital auf Kosten des Arbeitslohnes, Ansprüche geltend machen, die ihnen nur gewerkschaftliche Macht abzutrotzen vermag. Schließlich wird bei zunehmender Ausschaltung der Konkurrenz und wachsender Verstrickung für die Gewerkschaften die Frage der Preismitbestimmung eine immer dringlichere Zukunftsaufgabe. Mag die Erkenntnis dieser Entwicklung Ansporn sein alle Kräfte aufzubieten, um diesen großen Anforderungen im Interesse der deutschen Arbeitnehmerschaft gewachsen zu sein!

Wirtschaftliche Rundschau.

Zurzeit findet im Moskauer Gewerkschaftspalast ein Prozeß statt, der sich mit den Vorgängen im Donezbecken beschäftigt, die vor einigen Monaten zur Verhaftung einer Anzahl deutscher Ingenieure und Monteure führten. Auf eine Intervention der deutschen Regierung hin wurden zwar seinerzeit einige der verhafteten Deutschen wieder in Freiheit gesetzt, drei Deutsche jedoch, dem Ingenieur Otto und den Monteuren Meyer und Badstieber, mit fünfzig weiteren Angeklagten aus dem Donezbecken, wurde der Prozeß gemacht wegen Wirtschaftssabotage und -spionage. Durch die Verwendung von Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett, Film, Radio und riesigen Zuschauerermengen wird der Prozeß zu einer öffentlichen Schaustellung gestempelt, die prozessual in dieser Aufmachung nur als politische Demonstration zu bewerten ist. Dieser Demonstrationsprozeß mit innerpolitischen Zwecken soll der Arbeitermasse nicht nur eine wirtschaftliche Sabotageorganisation, sondern überhaupt die verbrecherische Gesinnung der Klassenfeinde, der Bourgeoisie, die gegenrevolutionäre Intervention an der Wirtschaftsfront zeigen. Indem man drei Arbeiter deutscher Firmen mit auf die Anklagebank setzte, waren die aufgedeckten Fälle Unternehmungen „internationaler Bourgeoisie“. Wollte man mit diesem Prozeß dem Gesetze Genüge tun, hätte man ihn nicht zur Staatsaktion zu machen brauchen, man verfolgt also einen bestimmten Zweck damit. Durch Neuentfaltung revolutionärer Energien gegen die Bourgeoisie und die konterrevolutionären Elemente nimmt man einmal der Opposition den Wind aus den Segeln. Zum anderen werden die Mißerfolge in der auswärtigen Politik, der Bruch mit London, Abfuhr in Paris und Warschau, Unterbrechung der Berliner Verhandlungen, die ganze Stagnation der russischen Außenpolitik, die lärmende Nervosität über Birkenheads Berliner Reise, als Machenschaften des internationalen Kapitals abgetan. Zum dritten hilft die innere Radikalisierung gegen den Druck der wirtschaftlichen Lage. Schließlich ändern Statistiken, Aufdeckung von Einzelmißständen, von Mißbräuchen, Unterschleifen, Bürokratismus und verbrecherischen Sabotageakten nichts an der Tatsache, daß die Getreideaufbringung und die Warenerzeugung große Sorgen machen, daß die Lebensmittelpreise in rapidem Steigen sind, daß der Export und damit der Import nötiger Rohstoffe und Fabrikate sehr zu wünschen übrig lassen. Es ist außerordentlich beachtlich, daß die Anhäufung wirtschaftlicher Schwierigkeiten bereits zu ganz ernstlichen Vorstößen gegen die Leninsche Nep-Politik führt. Das kann formell natürlich nicht zu gegeben werden, aber wie dem Nep-Mann im städtischen Handel, rücken die letzten Parteiresolutionen und die Beschlüsse des Zentral-Exekutivkomitees nun auch dem bisher einigermaßen geduldeten, teilweise sogar geförderten (von der Opposition aber heftig beföhdeten) dörflichen Nep-Mann, dem sogenannten „Kulak“ zu. Die Sozialisierung des Landes, bislang sehr, sehr vorsichtig gehandhabt, soll energischer vorangetrieben werden - nicht mit plötzlichen Maßnahmen und nicht im Sturmtempo; denn vorläufig ist der „Kulak“ immer noch ein gewichtiger Produzent von Überschubgetreide für die Städte und den Export. Augenblicklich muß der Kulak, der Reich-

Bauer, der kraft seiner Initiative zu seinem gesetzlich zugewiesenen Acker fremden hinzupachtet, zur Aussaat und zum Verkauf seines Getreides gezwungen werden. Das Mittel glaubt man in einer Neuordnung der landwirtschaftlichen Steuer gefunden zu haben. Nach dieser Novelle, die den Gesamtbetrag der Landsteuer um 25 pro Hundert erhöht, haben die 12 v. H. reichbäuerlicher Wirtschaften künftig 60 v. H. des Steuerertrages aufzubringen, die 52 v. H. mittlerer Bauern 58 v. H. der Steuer, während die 36 v. H. übrigen Wirtschaften nur 2 v. H. zu leisten haben. Die Auswirkung dieses Prämiensystems für landwirtschaftlich minderwertige Betriebe hofft man durch Bildung von Kooperativwirtschaften, die diese Betriebe umfassen, wirksam zu begegnen. Behält man diese authentischen Zahlen im Auge und bedenkt, daß Rußland zu 80 v. H. ein agrarisches Land ist, so ist der Weg zum Vollssozialismus noch ziemlich weit und schwer. Denn die bäuerliche Landwirtschaft ist seit der Proklamierung der neuen Wirtschaftspolitik, des NEP, erstarkt. Während unter dem Kriegskommunismus 1918—1920 fast der gesamte Ertrag der Bauernwirtschaft zugunsten des Staates mit Beschlag belegt wurde, hatte der Bauer nach der Proklamierung des NEP (1921) jetzt nur einen Teil seiner Produkte den Staatsorganen zu liefern. Im übrigen konnte er über sie frei verfügen; er durfte sie als Ware auf dem Markte verkaufen, austauschen, also kapitalistisch verwerfen. Dadurch erreichte man ein neues produktives Schaffen in der Landwirtschaft, die so nötigen Erntevorräte stiegen, aber gleichzeitig auch der soziale Aufstieg und damit neue Klassenbildung. Durch das neue Steuersystem denkt man nun der Theorie wieder näher zu kommen, vor allen Dingen der Trözkischen Opposition das verhasste Schlagwort der evolutionären Entwicklung der Partei zu nehmen.

Derselbe Weg vom Kommunismus zum Staatskapitalismus, von der Kommune zur Kooperative, von der Aufhebung des Privathandels zu seiner Erlaubnis und neuerdings wieder zu seiner Einschränkung, führt zum Wiederaufbau der Industrie für die städtische Bevölkerung. Im Gegensatz zu der Praxis des Kriegskommunismus, unter dem die Industrie, die mit Defizit arbeitete, auf Kosten der Staatskasse, also der Landwirtschaft, existierte, stellte die neue Wirtschaftspolitik (1921) das Prinzip auf, daß die Industrieunternehmen nach wirtschaftlichen und kaufmännischen Grundsätzen arbeiten müßten. Nur rentable Betriebe, die, ebenso wie kapitalistische, Gewinne erzielen, sollten Anspruch auf Existenzberechtigung haben. Man holte sich in der Folgezeit sogar die alten Sachverständigen, die früheren Besitzer, Direktoren oder Ingenieure (Spez.) wieder heran, um die Organisationsmethoden noch gewinnbringender zu gestalten. In einem Schreiben an das Präsidium des Ausschusses für die staatliche Planwirtschaft stellt der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrates fest: „Die Unternehmen des Volkswirtschaftsrates arbeiten nach dem Grundsatz der wirtschaftlichen Kalkulation, d. h. sie dürfen nicht mit Verlust arbeiten, sonst verletzen sie ihre Verpflichtung dem Staate gegenüber.“ Unter der neuen Wirtschaftspolitik konzentriert der Sowjetstaat in seinen Händen die gesamte Großindustrie, den Großhandel, das Bank- sowie das Verkehrswesen. Da nach kapitalistischen Grundsätzen gearbeitet werden soll, ist die Spitze der Sowjetunion der größte Arbeitgeber; er löst darum die Arbeiterfrage vom Standpunkte des Unternehmers. Auf der anderen Seite ist diese Spitze oberstes Organ der Arbeitnehmer und im Widerstreit der Interessen muß es einen Teil von Fall zu Fall verletzen. Selbstverständlich war es ein Verzicht auf die Grundsätze des Bolschewismus, wenn man den Staats- und Wirtschaftsapparat der Hand von Sachverständigen auslieferte. Selbstverständlich wurde dadurch auch so manche Begeisterung in den Kreisen der zielbewußten Arbeiter erdrückt. Aber wie soll es dem Lande gelingen, in seiner wirtschaftlichen Entwicklung fortzuschreiten, wenn Unkenntnis und Fanatismus alle Maßnahmen beherrschen? Selbstverständlich hält die privatwirtschaftliche Betätigung, die man eine zeitlang den Bauern zum Ansporn ihrer Arbeitslust noch beileh, der kritischen Sonde des Parteiprogramms nicht stand. Aber wie will man das Land ernähren, wie will man von Bauer Erzeugnisse für den Export erhalten, wie will man Steuern bekommen, wie will man die Sparkassen füllen, wenn man jeden Bauer, der wirtschaftlich vorankommt, niederdrückt und dem Neid der Dorfarnen ausliefert? Keinen vernünftigen Wirtschaftler wird es heute in Rußland geben, der es für richtig hält, in einem Lande den Siebenstundentag einzuführen, wo alles noch primitiv und die Wirkung jeder Arbeitsleistung unendlich viel geringer ist als in einem hochentwickelten Lande, und wo die Notwendigkeit, den Produktionsgang zu verbilligen und die Arbeitsleistung zu stärken, ihm täglich vor Augen tritt. Trotzdem hat die Regierung am 10. Jahrestage der Revolution, zu einer Zeit, wo die Trözkische Agitation gegen sie in höchster Blüte stand, sich entschlossen, dem Volke das Geschenk des Siebenstundentages zu machen. In dieser Atmosphäre der wechselseitigen Widersprüche geht der Kampf der großen Masse der parteilosen Arbeiter

gegen die mit den Verhältnissen im Staatsleben vertrauten Gewerkschafts-, Wirtschafts- und Parteiorgane. Oppositionsausbrüche, wie in den „linken“ Plattformen, lassen die Masse den Glauben an das System verlieren und alte Revolutionäre, wie Trotzki, hätten ein leichtes Spiel gehabt, wenn nicht die Schicht der derzeitigen Machthaber ihre Positionen und Stellungen mit weniger Geschick verteidigt hätten als ihre Gegner. Wer die Macht hat, hat das Recht. Stalin hatte die Macht, er gebrauchte sie rücksichtslos und er hat Recht. Aber um welchen Preis hat Stalin gesiegt? Eine Opposition, wie die von Trotzki, gefährdet durch ihre bloße Existenz eine folgerichtige Entwicklung. Die Regierung muß Maßnahmen unterlassen, die Wasser auf seine Mühle treiben würde, sie muß Maßnahmen ergreifen, die Wasser von seinen Mühlen ablenken. Sie muß wieder revolutionär erscheinen — aber die Zeiten sind vorüber. Mit Radikalismus kann man wohl ein schwaches System herunterreißen, aber keins aufbauen. Wer Sinn für die Notwendigkeiten des praktischen Lebens hat, kann nicht anders als den Staatsapparat allmählich zu verbessern, Produktion und Export zu steigern und dem westlichen Europa wenigstens vorübergehend ein friedliches Gesicht zeigen, um seine Kredite in die Hand zu bekommen. Das sind demütigende Maßnahmen, aber gleichzeitig unerbittliche Notwendigkeiten, wenn es auch keinem alten Revolutionär leicht wird, „ruhige und sachliche“ Arbeit zu fordern und sich gegen „überflüssige Diskussionen zu wenden. So muß er doch den Weg beschreiten, muß evolutionär arbeiten und sich zum Dank als Reformist und Reaktionär beschimpfen lassen. Eine weiße Gefahr gibt es heute wohl nicht mehr für Rußland, aber eine karminrote und die wird augenblicklich im Schachtprozess gefüttert.

Für unsere Arbeiterschaft ist wohl die unstrittigste Frage die Lage des russischen Arbeiters. Die Lage des Arbeiters ist eine Magenfrage, d. h. welches Maß von materiellen Gütern kann ich für mich, meinem Lohn entsprechend, beanspruchen. Betrachte ich durch diese Brille den Kommunismus und die große Masse wird es immer tun, so muß ich den kommunistischen Menschen verleugnen, denn der besteht zum größten Teil aus Idealismus. Die Rücksicht auf das Gemeinwohl wird wohl nur ein Teil der führenden russischen Kreise leiten. Alles andere strebt danach, die eigene Lage zu verbessern; je näher sie dem Staate an der Gurgel sitzt, um so wohler wird es ihnen gehen. Ob der Staat der ihre ist oder andere Arbeiterkreise getroffen werden, leuchtet der großen Masse in den seltensten Fällen ein. Theoretisch dürften Streiks in der Sowjetunion nicht vorkommen und doch liest man von Auflösung illegaler Streikkomitees, die sich frei von den Gewerkschaften gebildet haben. Keiner wird bestreiten, daß sich die Lage des heutigen russischen Arbeiters gegen die vor dem Kriege wesentlich gebessert hat; daß von einer Koalitionsfreiheit oder Sozialgesetzgebung im europäischen Sinne keine Rede sein konnte. Dies alles erleichterte dem Unternehmen, die Arbeiterschaft im höchsten Maße auszubeuten, besonders das Auslandskapital beteiligte sich zum großen Teil nur deshalb in Rußland. Es ist daher ohne weiteres klar, daß trotz der Lohnsteigerung seit der Einführung des NEP der russische Arbeiter in keiner Sparte sich mit dem deutschen vergleichen kann. Genau so nicht, wie der deutsche mit dem amerikanischen Arbeiter. Ein Rubel ist ca. zwei Reichsmark. Laut Artikel 58 des russischen Arbeitergesetzbuches regelt sich die Höhe des Arbeitslohnes auf der Grundlage eines Tarifnetzes mit verschiedenen Stufen und Koeffizienten. Für Leningrad und Moskau besagt der Bericht der dritten Arbeiterdelegation folgende Löhne: Ungelernte Arbeiter in den Anstaltsbetrieben monatlich 35—40 Rubel; ungelernete Arbeiter in Industriebetrieben monatlich 40—50 Rubel; angelernte Arbeiter in Industriebetrieben monatlich 50—60 Rubel; Handwerker monatlich 80—150 Rubel; Spezialhandwerker monatlich 140—180 Rubel; Spezialisten monatlich 200 bis 250 Rubel. Lebendig werden diese Zahlen erst, wenn berücksichtigt wird, daß die drei letzten Gruppen nur einen geringen Prozentsatz der Arbeiterschaft umfassen, daß dagegen die drei erstgenannten Gruppen 80—85 v. H. der Industriebevölkerung zählen. In deutsches Geld umgerechnet ohne Zweifel eine zugkräftige Parole der Anhänger Rußlands. Aber welche Kaufkraft hat denn der Rubel im Lande? Dabei erinnern wir uns vielleicht an die Inflation und damit an die Kaufkraft unseres Geldes damaliger Zeit. Die Lebensmittelpreise sind 60 v. H. höher als in Deutschland und fast dreimal so hoch die Preise für Bedarfsartikel. So ergeben z. B. amtliche Erhebungen in südrussischen Werken im Jahre 1926, daß die Gewinnung von 1000 Pud Roh Eisen während eines Monats 15—15 Arbeiter erfordert, während in Deutschland 2 Mann daran arbeiten. Bei Ausschreibungen für einen Transportdampfer für die Wolga war das deutsche Angebot dreimal so niedrig, trotz Transport, wie das der russischen Werften. Aus diesem Grunde wäre in diesem Lande ein freies Einströmen von Auslandsware völlig unmöglich. Denn die Erhöhung der Löhne erreicht man nur durch eine Verteuerung des Endproduktes und es herrscht bei der Lohnfestsetzung ebenso

wie bei der Preisfestsetzung, eine seltene Einmütigkeit zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, aber letzten Endes sind die Arbeitnehmer doch auch wieder Konsumenten. Auf dieser Basis des Inlandsmonopols die Waren konkurrenzfähig zu machen und damit die Produktionsmittel verbessern und erneuern zu können, wird den Führern der Sowjetunion wohl schwerlich gelingen. Bedenkt man, daß in die deutsche Wirtschaft schätzungsweise jährlich 8—10 Milliarden für Rationalisierung und Erweiterung der Betriebe hineingesteckt werden, so begreift man erst die Armlichkeit eines Systems, das, um 2—300 Millionen Mark geliehen zu erhalten, kapitalistischen Ländern ein freundliches Gesicht zeigen muß. Und je näher wir dem Ende des Schacht-Prozesses kommen, umso mehr wird sich der Ton gegenüber Deutschland ändern. Schon jetzt schlägt Moskwa auf dem Landwirtschaftlichen Kongreß in Moskau friedliche Töne an und eines Tages wird dem Prozess das politische Kleid gänzlich genommen werden und die Masse des russischen Proletariats bekommen einen neuen Knochen. Erl.

Beruf.

II.

Der Blick in die Vergangenheit, zu dem uns der Berufsbegriff anregte, zeigte uns eine aufsteigende Linie der Arbeitsteilung. Wir waren in unserer Betrachtung auf der Stufe der gewerblichen Arbeitsteilung angekommen. Wir hatten gesehen, wie die technische Fertigkeit der Menschen stieg und wie dieser technischen Fertigkeit heilige und magische Bedeutung zugemessen wurden. Wir sahen, wie sich Wirtschaft und Religion verbanden. Die Arbeitsteilung macht nun in der Neuzeit weitere Fortschritte, die technische Fertigkeit macht eine bedeutsame Umwandlung durch und die Heiligkeit des Berufes verschwindet.

Wo innerhalb des Handwerks die Arbeitsteilung fortschreitet, geschieht es in der Weise, daß das Endprodukt immer mehr spezialisiert wurde. Aus dem Weber, der alle Webwaren herstellte, wurde der Leineweber, der Wolleweber, der Seideweber; neben dem Schmied entstand der Schlosser, neben ihm der Gießer und hier wieder entstand der Gelbgießer, Glockengießer, Zinngießer u. a. m. Der Handwerker, mochte er auch noch so sehr Spezialitäten herstellen, er fertigte doch immer ein ganzes Produkt. In den aufkommenden Fabriken wird das Produkt in viele kleine Teile zerlegt und die Arbeit wird Teilarbeit. Der Fabrikarbeiter fertigt nicht mehr eine ganze Uhr, er stanzt Rädchen, baut Gehäuse, malt Zifferblätter, montiert Innenwerke u. a. m. Der Arbeitsteilung ist damit ein neues Reich eröffnet. Sie hat sich im Laufe des 19. Jahrhunderts so entfaltet, daß 1913 die Zahl der vorhandenen Berufe in Deutschland auf 13 000 geschätzt wurde. Aber schon hier wird fraglich, ob auf die neu entstandenen Tätigkeiten der Begriff Beruf noch paßt. Was ein Bäcker, Schneider, Müller war, wußte jeder. Welchen Beruf hat aber der Bediener einer Zigarettenmaschine oder der Aufsichtsführende über eine Transmission oder der Vorführer in einem Modemagazin? So sprengt die auf die Spitze getriebene Arbeitsteilung selbst den Berufsbegriff.

Diese Entwicklung hat noch viel weitergehende Folgen. Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts zieht der Ingenieur in die Fabriken ein. In dem Maße aber, in dem der Ingenieur in die Werksäle einzieht, wird das Berufsgeheimnis hinausgeworfen. Die „Kunst“ wird Wissenschaft und geht damit aus den Händen der Arbeiter in die Hände der Betriebsleitung über. Die berufliche Technik wird rationalisiert, alte technische Kunstgriffe erfahrener Meister werden in den Laboratorien der technischen Hochschulen „entdeckt“ und beschrieben, traditionsgeheiligt Verfahren werden verworfen, langjährige Übung der Arbeiter wird durch Maschinen wertlos gemacht. Der Arbeiter, der früher Herr im Reiche seiner Arbeit war, sieht seine Berufsgeheimnisse verraten, seine Erfahrungen entwertet, seine Leistungen von denen der Maschinen übertroffen. Er wird Diener der Maschine. So wird der Beruf durch die Arbeitsteilung, Rationalisierung und Verwissenschaftlichung ausgehöhlt, innerlich entleert und ohnmächtig gemacht.

Aber noch von einer ganz anderen Seite wird der Berufsbegriff angegriffen. Im Anfang des 19. Jahrhunderts steht die Verkündigung der Gewerbefreiheit. Gewerbefreiheit heißt, daß jeder ein Gewerbe ausüben kann, das ihm behagt. Dadurch wurde den Zünften ihr Monopol entzogen und die Erblichkeit des Berufes hörte auf. Die Berufswahl war in das Ermessen jedes einzelnen Menschen gestellt.

Wenn es jedoch dem Menschen anheimgegeben ist, sich seinen Beruf zu wählen, ist Gott abgesetzt. Der Beruf verliert den Charakter einer Berufung. Die Bedeutung des Berufseins verschiebt sich auf ganz eigenartige Weise. Ein Mensch fühlt sich heute nicht mehr berufen auf Grund einer göttlichen Bestimmung. Die Bestimmung wandert langsam aus dem göttlichen Willen in den Menschen selbst hinein; der Mensch fühlt sich berufen auf Grund seiner Veranlagung. In der körperlichen und seelischen Beschaffenheit des Menschen liegt nun seine Eignung für einen bestimm-

ten Beruf. Die „Verwissenschaftlichung“ trieb auch hier den Prozeß noch weiter. War bis vor wenigen Jahren noch maßgebend, welche Neigung und welchen Berufswunsch ein Mensch, der vor der Berufswahl stand, hatte, hatte das Sich-geeignetheit fühlen noch einen gewissen Raum, wird heute in den Berufsberatungen die Eignung mit Apparaten „wissenschaftlich“ festgestellt.

Dieser doppelte Angriff auf die Idee des Berufsstandes und auf den Berufsgedanken, wie er uns aus dem mittelalterlichen Handwerk überkommen ist, hat beide zu Fall gebracht. Für uns Menschen des 20. Jahrhunderts hat der Beruf ganz allgemein nichts Heiliges mehr. Für Millionen von Arbeitern ist aber der Beruf auch nichts mehr, an das sich ein besonderer Stolz, ein echtes soziales Prestige knüpft. Der „Berufsstolz“ eines Kaufmannslehrlings oder eines Stehkragenproletariats bzw. dessen Frau wirken nur noch als lächerliche Karikatur. Für tausende Berufe sind nur minimale Kenntnisse nötig. Die Unternehmer und der moderne Betrieb brauchen gar nicht mehr den ganzen Menschen, sie brauchen eine bestimmte, genau vorgeschriebene Muskel- oder Aufmerksamkeitsleistung, ein bestimmtes Quantum physischer oder psychischer Energie. Solche Arbeit ist nicht mehr Beruf im alten Sinne, sie ist Erwerb. Arbeit ist nicht mehr Lebenserfüllung, sondern Mittel zum Zweck, notwendiges Übel zum Leben. Beruf ist heute die Bezeichnung für die Art des Erwerbs. Arbeiter, die in diese Lage kommen, nehmen ihre soziale Kraft nicht mehr aus dem beruflichen Können, sondern aus der allgemeinen Solidarität der Arbeiterklasse. Heute ist die Klasse die Ordnung, in die der Mensch durch die Art seines Erwerbs hineingestellt wird, nicht mehr der Stand. Dem Stand war nach göttlicher Anordnung sein Teil der gesellschaftlichen Macht zugeschrieben, die Klasse muß sich jederzeit ihren Anteil erobern.

Diese Entthronung der Berufsidee und die Sinnentleerung der Arbeit, jener große Prozeß, durch den der aufsteigende Kapitalismus im Laufe des 19. Jahrhunderts die Stellung der Arbeit zur Gesellschaft veränderte, schürzte das Problem, vor dem wir heute stehen: das Problem der „Entseelung“ der Arbeit.

So rein, wie es hier dargestellt wurde, steht es nicht allenthalben vor uns. Die Entwicklung ist noch nicht überall gleich weit fortgeschritten und auch Gegenströmungen fehlen nicht ganz. Manches ehrsamere Schreinermeister oder Schmied übt noch heute seinen Beruf im Sinn eines göttlichen Amtes, und für manches Gewerbe zieht der besondere künstlerische Einschlag einer Verwissenschaftlichung gewisse Grenzen. Dort mag noch soziale Macht aus dem Berufskönnen fließen und dort mag auch noch Befriedigung in der Berufsarbeit zu finden sein.

Aber die moderne technische Entwicklung weist in die andere Richtung. Die moderne Technik wirkt jedoch auch nicht eindeutig in der Richtung der Entwertung des Berufskönnens. In manchen Fällen bringt sie nur eine Umwandlung dieses Könnens mit sich. Die Technik nahm dem Buchdrucker mit der Erfindung der Rotationsmaschine sicher einen Teil seiner früheren „Kunst“, sie gab ihm aber eine kompliziertere Maschine an die Hand, deren Beherrschung auch, wenn auch in anderer Weise, Kunst ist. Die Beispiele ließen sich häufen. Aber auch solche Gegenströmungen ändern nichts an der Tatsache, daß die moderne technische Entwicklung vorläufig noch in der oben geschilderten Weise wirkt.

Die Situation drängt zur Stellungnahme. Sollen wir, wie uns die Katholiken und die wohlmeinenden Romantiker aller Art vorschlagen, in die idyllische Gefilde des Mittelalters zurück, in die idyllische Maschinen zerschlagen und uns der Technik hemmend in den Weg stellen? Oder gibt es Auswege nach vorwärts?

Zurück wollen und können wir nicht. Nach vorwärts aber gibt es verschiedene Wege. Einen bezeichnet uns die Technik selbst. Der typische Gang der technischen Umwandlung zeigt als erste Stufe die Zerlegung der Vollarbeitshandlung in Teilarbeitshandlungen. Diese Stufe ist vollendet, wenn die Teilarbeiten nur noch aus mechanisch zu verrichtenden Handgriffen bestehen. Mit dem nächsten Schritt, den die Technik tut, überträgt sie diese Teilarbeiten auf Maschinen. In den Maschinen werden dann die Teilarbeiten wieder kombiniert und der Erfolg ist der Vollautomat. An Stelle der endlosen Reihen der Kohlenausleserinnen steht heute die moderne Kohlenwäsche, an Stelle der Kartonnagenarbeiterinnen steht die Kartonnagenmaschine u. a. m. Wenn ein Teil der heute schon technisch möglichen Automatisierung nicht durchgeführt ist, so liegt das oft an der kapitalistischen Überlegung, daß die Menschenarbeit vorderhand noch billiger ist, als die Aufstellung der Maschinen. Wir sprechen also nur von Möglichkeiten. Ehe diese Möglichkeiten Realität werden, wird wohl erst der Kapitalismus fallen müssen. Technisch gesehen ist also die Entseelung der Arbeit nur Übergangerscheinung. In der vollautomatischen Produktion ist der Mensch nicht mehr als Rad in die Maschinerie eingespannt, sondern er ist wieder Herrscher über sie.

Diese Lösung, die die Technik anbietet, löst nur einen Teil des Problems. Nicht nur die Arbeit an den Maschinen ist entseelt. Der Verkäufer im

Warenhaus, der Buchhalter, der Postbote und der Gärtner klagen über mangelnde Arbeitsfreude. So gesehen, ist das Problem ein allgemein gesellschaftliches. Nur eine Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse wird der Arbeit wieder Sinn geben können. Auf dem Gebiet hat die Arbeiterschaft, seit sie sich ihrer Lage bewußt ist, die Lösung nicht in einem „Zurück zum Mittelalter“ gesucht, sondern zu einem „Vorwärts zum Sozialismus“. In der Arbeit für die sozialistische Lösung des Problems findet der Arbeiter wieder ein Stück der Berufung, die aus der Berufsidee geflohen ist. Sie ist ihm neue „Sinnegebung“ des Lebens.

Aus diesen Überlegungen folgt eine ganz klare Stellungnahme zu dem Problem, das hier zur Behandlung steht: dem Problem des Berufes. Berufliches Können ist immer Macht, wo es noch wirken kann. Es wird in der abendlichen Kultur nie wieder heilig werden, die Tätigkeit im Wirtschaftsleben wird nie wieder göttliches Amt werden, die Religion ist aus der Sphäre der Wirtschaft endgültig vertrieben. Berufliches Können wird jedoch immer dort die Stellung des Einzelnen und der Gesamtarbeiterschaft verbessern können, wo es noch nicht von der Maschine ausgeschaltet ist oder wo die Maschine es bereits nur geweckt hat. Je mehr die Arbeiter die Technik beherrschen, umso weniger haben die Ingenieure zu sagen. Je mehr technisches Können in der Arbeiterschaft ist, um so mächtiger ist sie. Freilich, es handelt sich nicht um ein Pochen auf die alte Tradition. Die das tun, gehen über kurz oder lang mit ihr zugrunde. Es handelt sich um eine Bewältigung der neuen Wirklichkeit. K. Schäfer.

Ansichtskarten schaffen Feinde.

Diese Weisheit verzapft der „Vorwärts“, Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in seiner Nr. 259 vom 5. Juni 1928. In einem Artikel, betitelt: „Ferien-Urlaub“ ist folgendes Bekenntnis einer bedrückten Seele zu lesen:

„Die Kunst des Reisens ist schwer. Noch schwerer ist es, seine Ferientage so zu gestalten, daß sie immer neue Überraschungen bringen. Es ist zwecklos, nach einem bestimmten Programm kilometerweise durch die Lande zu sausen und im Fluge Eindrücke oder Stimmungen zu erhaschen, nur um später seinen Bekannten erzählen zu können, wieviel man gesehen hat. Es ist auch unnötig, von jedem Aufenthaltsort, jeder Bahnhofstation und jedem Gasthaus, wo man Einkehr hielt, die unvermeidlichen Ansichtskarten nach Hause zu schreiben. Meistens sind sie gar nicht einmal des Aufhebens wert; meistens hat auch das betreffende Gasthaus nicht den großen Vorrat an Briefmarken, um unseren Bedarf zu decken, so daß wir gezwungen sind, den Stapel von Karten erst an der nächsten Station zu frankieren. Und dann lasse man sich gesagt sein: Ansichtskarten schaffen Feinde! Man glaubt, den Zurückgebliebenen eine Freude damit zu machen, wenn man sie „mit diesem Zeichen treuen Gedankens“ beglückt. Das ist Schwindel; richtiger Schwindel, durch den schon manche guten Beziehungen in die Brüche gegangen sind. Es ist gut, daß der Absender nicht hört, in welcher Weise man seine Kartengriffe daheim kritisiert. Er könnte seinen Ärger mit einigen Wochen Nachurlaub beseitigen.“

Wo der Schreiber die Beweise hat, daß Ansichtskarten Feinde schaffen, läßt er den Leser erraten. Wir meinen, daß der Beweis für diese Behauptung überhaupt nicht zu erbringen ist. Es ist sicher nicht zu bestreiten, daß manche Bildpostkarte jeglichen künstlerischen Wert vermissen läßt und ein Druckerzeugnis minderen Ranges ist. Aber das haben diese Bildpostkarten mit manch anderem Druckerzeugnis gemein, das sie keinen künstlerischen Wert für sich in Anspruch nehmen kann. Die Bildbeilage des „Vorwärts“ sitzt da nicht weit vom Schuß. Es wird deshalb aber keinem vernünftigen Menschen einfallen, zu behaupten, der „Vorwärts“ schaffe sich dadurch Feinde.

Weiter scheint uns die Behauptung, daß eine gesandte Bildpostkarte als Gedanken keine Freude mache, sondern „Schwindel“ sei, sehr gewagt. Der Verfasser mag von sich auf andere schließen und so zu einem Trugschluß kommen. Jedenfalls bleibt offen zu beweisen, daß durch Postkartengriffe gute Beziehungen in die Brüche gegangen sind.

Aber ob Bildpostkarten des Aufhebens wert sind oder nicht, ob sie Feinde schaffen oder nicht und ob sie dem Empfänger eine Freude machen oder nicht, kann ganz der Beurteilung des Einzelnen überlassen bleiben. Gegen was wir uns aber mit aller Entschiedenheit wenden müssen, ist der allgemeine Angriff gegen die Bildpostkarte und ihre Industrie.

Uns scheint der Verfasser nicht autorisiert, ein solches Urteil gegen die Bildpostkarte und damit gegen ihre Industrie und gegen eine geistig hochstehende, gewerkschaftlich gut organisierte Arbeiterschaft abzugeben. Daneben steht das Tun ganz im Gegensatz zur sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die sich wirklich mit Sachkenntnis und Ernst darum bemüht hat, die an sich schon schwerleidende Bildpostkartenindustrie

nicht durch deplazierte Portoerhöhungen durch die Postverwaltung ganz erschlagen zu lassen.“ Mit Recht wurde damals von der Reichstagsfraktion der SPD. anerkannt, daß die Bildpostkarte ein Kulturgut der breiten Masse, des Volkes ist, das ihr durch übertriebene Portoerhöhung nicht genommen werden darf. Und die eingeleitete Aktion zeitigte einen beachtlichen Teilerfolg. Und jetzt kommt ausgerechnet der „Vorwärts“ daher, behauptet, Ansichtskarten schaffen Feinde und strafft jene Lügen, die sich für die Bildpostkarte eingesetzt haben.

Das war kein Heldenstück, Oktavio!

Ortsbericht.

Glauchau. Kollege Bachmann eröffnet abends 7 Uhr die für den 25. Mai ordnungsgemäß einberufene außerordentliche Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Eingänge; 2. Bekanntgabe und Aussprache des Tarifabschlusses; 3. Urabstimmung; 4. Allgemeines.

Zu Punkt 1 gibt der Vorsitzende verschiedene Schreiben vom Verbands- und Gauvorstand bekannt. Zu Punkt 2 vergleichen die Kollegen nach Bekanntgabe des Verhandlungsergebnisses einzeln die Paragraphen und nehmen von den Änderungen Kenntnis. In der Debatte sind die Kollegen erstaus, vom Verbandsvorstand von Verbesserungen zu hören, und keine zu finden, außer den erzielten im Lehrlingswesen. Die Kollegen der Mitgliederschaft Glauchau sehen in dem neuen Abkommen eine weitere Verschlechterung und zwar in bezug auf Feiertagsbezahlung und Ferien. Im Punkt Feiertagsbezahlung erblicken die Kollegen durch die neue Änderung dieses Paragraphen (nur die bestehenden usw.) den ersten Schritt zum Abbau der Feiertagsbezahlung. Die Glauchauer Kollegen hatten ihre Hoffnung auf den Verbandsvorstand gesetzt, daß er diesmal den Unternehmern, die uns jedes Jahr weitere Verschlechterungen aufbürden wollen, ein ganz energisches Halt bieten würde. Die Kollegen sehen sich getäuscht, geben ihren Unwillen über diesen Tarifabschluß kund und sind empört, daß ihnen vom Verbandsvorstand empfohlen wird, den Tarif anzunehmen. Das Resultat der Urabstimmung ist bei 12 Anwesenden 12 Stimmen mit Nein. Zu Punkt 4, Allgemeines, schlägt Kollege Geithner vor, daß für den diesjährigen Verbandstag Glauchau einen Kandidaten stellt und begründet diesen Vorschlag dahin, daß immer mal neue, befähigte Kollegen mit zum Verbandstag kommen sollen. Der Antrag findet Annahme. Kollege Otto Beier wird als Kandidat vorgeschlagen und nimmt an.

Nach Erledigung einer Reihe örtlicher Angelegenheiten schließt der Vorsitzende 1/2 10 Uhr die Versammlung.

Rundschau.

Ein neuer Vorschlag der Engländer.

Die Wahl eines 1. Vorsitzenden für den Internationalen Gewerkschaftsbund auf dem Kongreß in Paris komplizierte sich bekanntlich dadurch, daß die Engländer von ihrem Vorschlag Purcell nicht abgingen, obwohl sich keine Mehrheit für ihn ergab. Da wiederholt versichert worden war, den Engländern den Platz des 1. Vorsitzenden zu überlassen, unterblieb vorläufig eine Wahl. Jetzt hat der Generalrat des Britischen Gewerkschaftsbundes beschlossen, den Genossen Walter Citrine, Generalsekretär des Britischen Gewerkschaftsbundes, als Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Vorschlag zu bringen. — Der Wahl Walter Citrines dürften keine Hemmnisse entgegenstehen.

13. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beruft den 15. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands für Montag, den 5. September 1928 und folgende Tage nach dem Hamburger Gewerkschaftshaus ein. Für die Tagung gilt folgende

Tagesordnung:

1. Wahl der Kongreßleitung und der Kommissionen.
2. Bericht des Bundesvorstandes.
3. Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie.
4. Die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften.
5. Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung.
6. Anträge zu den Bundessatzungen.
7. Wahl des Bundesvorstandes.
8. Erledigung sonstiger Anträge.

Anträge an den Kongreß können nach § 54 der Satzungen von jedem angeschlossenen Verband oder seinen Bezirks- und Ortsvereinen gestellt werden. Anträge einzelner Gewerkschaftsmitglieder werden nur dann zugelassen, wenn sie von einem Ortsverein oder dem Zentralvorstand der Gewerkschaft unterstützt werden.

Die Anträge müssen nach § 55 der Satzungen acht Wochen vor dem Kongreß, also bis zum 7. Juli an den Bundesvorstand eingereicht werden, der sie spätestens sechs Wochen vor dem Stattfinden des Kongresses zu veröffentlichen hat.

Feuilleton.

Noten.

Annemarie, wie bist du so schön.
Annemarie, die Birken wehn.

Annemarie, die Nachtigall.
Annemarie, die Burg und der Wall.

Annemarie, nun singe auch du —
Und tanze du in dem Silberschuh.

Ich schreibe derweilen dein Liedchen ein,
In Noten soll es gestochen sein.

Der Notenstecher. Der Notendruck.
Ein schöner klarer reiner Druck.

Annemarie singt immerzu —
Und sie tanzt in dem feinen Silberschuh!

Max Dortz.

Sternendrucke.

Diese Nacht waren die Sterne vom Himmel gefallen. Die ganzen Straßen lagen voll davon. Wie das blanke schöne Gold in der leuchtigen Frühsonne nur so gliebt. Und wie die Arbeiter staunten: die Arbeiter, die Frühluststeher, die vor Uhre sechs zur Fabrik eilten — ein langer schwarzer Strom, der von den eisern vergitterten Toren der Schwerindustrie aufgesogen ward. Wo der Strom der Arbeiter dahin gegangen war, da war es gold-leer geworden, die Arbeiter hatten all das Sternengold in ihre Taschen eingesammelt, in Rocktasche, in Hosentasche, in Westentasche — ja!, einige hatten sogar ihre Mützen und ihre Hüte mit dem vom Himmel gefallenen Sternengolde aufgefüllt. Welch ein Reichtum: Reichtum in schwierigen ehrensamen Proletenhänden!

Sechs Uhr. Frühe. Hörst du die Sirenen heulen? Diese wilden Bestien? Die Werksirenen, die wie Tiger sind, die dem Proleten die Freiheit und die Selbständigkeit mit scharfen Provitzähnen zerreißen. Sechs Uhr. Morgenfrühe. Die Fabrik setzt mit der Arbeit ein — leise seufzen die Maschinen auf, knarrend setzt sich das fließende Band in Bewegung, hierhin greift ein Maschinenarm, dahin leckt eine Stahlzunge — und mir nichts dir nichts ist der Mensch eingegliedert in das tausendfache Gewirre und Geschwirre der Werksmaschinerie. Der Mensch der Fabrik — für neun lange Stunden hin nur noch Maschine zwischen Maschinen.

Aber an diesem Goldmorgen fühlten die Werksproleten alle leicht: Wir haben die Taschen voller Gold! Das vom Himmel gefallene Sternengold ist unser eigen. Doch schon springt eine kleine Sorge auf: Was sollen wir mit all dem Golde tun? Sollen wir nun die Fabriken im Sliche lassen? Sollen wir ein „Herrenleben“ führen, in Faulenzerei und Übersättigung, in Hurensucht und Weinsucht? Nein, nein, das stände uns schlecht an — wir müßten unser ganzes Leben verleugnen, wir wären nie Sozialisten gewesen, wollten wir jetzt unsere Maschinen verlassen — und sie dem beißenden Roste überliefern. Wohl ist es wahr, daß die Kapitalismaschinerie unsere Seelen frißt — aber auch dieses ist wahr: schon in der heutigen Gesellschaft sind wir Proleten die Hand, die die Allgemeinheit mit dem zum Leben nötigen Instrumenten, Kleidern und Schönheitsartikeln versorgt. Würden wir nicht arbeiten — die Menschheit litte Mangel. Also können wir mit unserem Golde kein „Herrenleben“ führen. Aus Liebe zur Menschheit müssen wir weiter schaffen, selbst: wenn wir die Taschen voll Gold haben, alles Gold wäre wertlos: in dem Augenblicke, wo kein Fabrikschlot mehr raucht — und kein Pflug die deutsche Scholle mehr furcht.

Hoisa und heisa, Kollegen, wißt ihr was — mit dem gefundenen Sternengolde fördern wir unsere Ideen. Mit Sternengold helfen wir dem Sozialis-

mus, auf daß wir die Maschine aus den Wucherhänden der Kapitalbesitzer befreien, und sie zur Freundin des Gesamtvolkes machen: durch Umbau der Kapitalwirtschaft zur Sozialwirtschaft.

Jawohl, das Sternengold soll unseren schöpferischen Ideen helfen. Und als Feierabend war, da lief der Goldstrom aus der Fabrik zweierlei Weg, in den Taschen der Proleten. Weg hin zum Verband, Weg hin zur Partei!

Verbandsbureau und Parteibureau schwammen in Gold, in blitzblankem schönen Sternengold.

Nun können wir arbeiten, nun können wir werken. Wir kaufen die bedeutendsten Zeitungen auf, wir lassen Rotations- und Offsetpressen in Wort und Bild für den Sozialismus arbeiten. Und wir lassen die Lithographen für die Ideen der Volks- und Menschheitsgemeinschaft arbeiten. Wir stellen die Zukunft schon her: wir zeigen den Menschen die Zukunft, in klaren schönen Bildern!

Hoi, wie so sehr freudig die Lithographen, Chemigraphen und Xylographen am Werke waren. Sie zeichneten auf Stein, ätzen in Metall und gruben in Holz. Feine kleine Bildchen, von der Größe einer Schulbuchseite. Da sahest du die Freiheit dargestellt, eine schöne rote Jakobinerin, sie schwang die brennende Fackel, ein weiblicher Prometheus: und die Erde gab ihre Fruchtbarkeit her für alle, nicht nur für eine kleine Schicht der Besitzenden.

Und dann die Bilder der der Schönheit. Ein neues Menschengeschlecht war aufgewachsen, aus sozialen Gesellschaftsformen heraus, ein Menschengeschlecht, das in freier Liebe zueinander arbeitete und sich freute!

Die anderen Bilder zeigten Edelsinn. Der Trieb der Habgier war im neuen Menschen vollkommen getötet, es gab keine Gelegenheit mehr: Besitz aufzustapeln — die Triebkraft der Menschen war gerichtet auf das „Ich-diene-dir-aus-Güte!“ Jeder wollte dem anderen in Edelsinn zuvor sein. Nie war es unter den Menschen schöner gewesen, als jetzt: da in der Arena der Gemeinnützigkeit die Ringenden um den Dienst am Mitmenschen wettkampften.

Andere Bilder zeigten die Schönheit unseres Planeten Erde. Die Menschen suchten die Natur in ihrer tausendfachen Schönheit auf. Alle fünf Kontinente erschlossen ihre landschaftlichen Reize allen. Jeder konnte zur Zeit seines jährlichen Urlaubes reisen — wohin ihn sein Herz zog. Autos, Schiffe, Flugzeuge und Eisenbahnen gehörten allen: wer will, steige ein, gute Reise und gutes Amüsement.

Ja — so etwas in Stein, Metall oder Holz zu graben oder zu ätzen, das war den „Graphen“ eine wirkliche Freude. So warb das Sternengold im Bilde. Sternendrucke, Sternendrucke! Aber die Bilder waren ja noch nicht fertig? Oho, die werden wir gleich fertig haben. Schon sind die andern guten Kollegen am Werke: die Steindruckerk. Lustiges Maschinengestanze, Gerolle, Gepspränge, Geheufe — als ob die Einletermädchen Hochzeit feierten. Und dann war alles vollendet — die Werbedrucker für das Zeitalter des Sozialismus sind zu Millionen da. Die Sternendrucke sind fertig! Verpackt sie nun — und schickt sie in alle Schulen, jedes Schulkind bekommt ein Dutzend Zukunftsbilder — daß es sieht, was der Sozialismus will. So wirkte das von den Fabrikproleten gefundene Sternengold, das von Partei und Gewerkschaft auf die roten Mühlen geführt ward, wie die nun klapperten: mahle, Mühle, mahle: der Sternstrom ist deine Triebkraft — und die Frucht ist der reifere, höhere und edlere Mensch.

Hast du das Herz der Kinder gewonnen, dann hast du auch das Herz der Eltern. Vom Kinderherz sprang der erschaute Sozialismus über in's Herz des Vaters und der Mutter, des Opas und der Oma. Und als das Volk am sonnigen Wahltag zu den Urnen schritt, da klang es in den Urnen wie Gold, als ob Gold hinein geworfen sei — so war es. Und wie denn? Das Sternengold, die Idee des Sozialismus, sie war es, die als Wahlzettel klang und sang. Singe-klänge das Sternengold. Die Sternendrucke wirkten!

Und dann? Dann hatte das Volk der Arbeit gesiegt. In die Parlamente zog ein der aufbauende Geist der Arbeiterschaft. Schwarzrotgold und schöpferisch Rot wehen stolz über der Heimat. Zukund dem Sternengolde opferbereiter Werber! Kollegen, denkt über die Geschichte nach.

Max Dortz.

Vom Büchertisch.

Ratgeber für die Krankenversicherung. Von Arthur Than, Abteilungsleiter bei der Allg. Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig. Verlag Friedrich A. Wordel, Leipzig C 1, Blumengasse 18. Einzelpreis 60 Pf., bei Partiebustellungen Ermäßigungen bis auf 40 Pf.

Von dem Heftchen erscheinen jetzt jährlich immer mehrere Auflagen, gewiß der beste Beweis dafür, welche außerordentliche Beliebtheit er sich erlangt. Der Text ist auf 48 Seiten erweitert worden; nicht nur die wichtigsten Bestimmungen über die Erstatzung Ansprüche der Versicherungsträger sind jetzt berücksichtigt worden, sondern auch eine kurze Zusammenfassung des Aufgabengebäudes der Kassenorgane.

Wohnungswirtschaft. Heft 9/10. In Westdeutschland hat der gemeinnützige Wohnungsbau schon relativ früh günstigen Boden gefunden, daher konnte die Entwicklung der gemeinnützigen Bautätigkeit hier größere Fortschritte machen als im übrigen Deutschland. Die „Wohnungswirtschaft“, Zentralorgan der Deutschen Wohnungsfürsorge A.-G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter (Dewog), behandelt von diesem Gesichtspunkt ausgehend in ihrer neuesten Nummer den westdeutschen Wohnungsbau.

Die „Wohnungswirtschaft“, die bei jeder Postanstalt bestellt werden kann, erscheint 14 tglig. Bezugspreis 50 Pf. monatlich. Probenummern werden von der Geschäftsstelle Berlin S. 14, Inselstr. 6, kostenlos versandt.

Städtenummer Ausgabe München-Augsburg von Klümsch Druckerei-Anzeiger.

Diese Städtenummer wurde wieder mit einer besonderen Sorgfalt zusammengestellt. Ihr umfangreicher Textteil enthält eine erschöpfende historische Zusammenstellung der gesamten buchgewerblichen Entwicklung Münchens und Augsburgs bis in die Jetztzeit. Der Ausgabe gingen ähnliche Sondernummern „Frankfurt a. Main“, „Hamburg“ und „Leipzig“ zuvor, weitere sollen folgen. Die Ausgaben werden jedem Abonnent auf „Klümsch-Druckerei-Anzeiger“ innerhalb des monatlichen Bezugspreises von RM. — 90 (für 9 Ausgaben) geliefert.

Die Gemeinwirtschaft, Monatsschrift für Theorie und Praxis der gesamten Gemeinwirtschaft.

Von dieser im achten Jahrgange erscheinenden Zeitschrift ist soeben Nr. 6 (Juni) erschienen. Von dem Inhalt dieses Heftes sind vor allem erwähnenswert die Arbeiten über: „Die landwirtschaftlichen Genossenschaften nach der Stabilisierung“, „Von nationalen Gemeinschaften zum internationalen Gesellschaftsstil“, „Neue Formen konsumgenossenschaftlicher Entwicklung“, „Daneben bringt diese Nummer unter Umschlagberichten bedeutungsvolle Mitteilungen und Abhandlungen. Diese Zeitschrift ist sehr empfehlenswert. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,40 M. Die Bestellung kann erfolgen bei jeder Buchhandlung, jeder Post und direkt bei dem Verlag: „Gemeinwirtschaft“, Hermsdorf (Thür.).

Bekanntmachung.

Streikbruch in Baltimore U.S.A. Seit einem Jahre kämpfen die Lithographen und Steindrucker in dieser amerikanischen Stadt um bessere Arbeitsbedingungen. Da einige zugereiste deutsche Kollegen dort als Streikbrecher tätig sind, geben wir hiermit öffentlich die Sperre bekannt. Es muß Ehrenpflicht der deutschen Kollegen sein, den Amerikanern nicht in den Rücken zu fallen.

Der Verbandsvorstand.

Adressen-Anderungen.

2. Nachtrag zum Adressenverzeichnis der Auskunftsleiter, siehe „Graphische Presse“ Nr. 11 und Nr. 18, 1928.

Flensburg: Heinrich Illtner, Junkerholweg 25 bei Lorenzen.

Itzehoe: Nur für Formstecher: Emil Wethje, Hueltenstraße 7.

Magdeburg: Lithogr. u. Steindr.: Paul Zacharias, Magdeburg-N., Schmidtstraße 43. Chemigr., Kupfer- und Tiefdr.: Gustav Gräß, Magdeburg-W., Offleberstr. 4, I.

Saalfeld: Richard Kennitz, Schiebteich 5. **Schwennungen:** Gust. Schönberger, Armtdstr. 11, II. **Solingen-Remscheid:** Wilhelm Wolter, Solingen-Weeger Hof, Karl-Marx-Allee 21.

Schweden:

Svenska Litograförbundet: Barnhusgatan 18, 5 tr., Stockholm (Schweden).

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität.

Ia Auswaschfinktur

Zinkätzsals D. R. P.

Entsäuerungspulver, Schleifkugeln

sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.

Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36, Wiener Straße Nr. 50, Fernspr. Mor. 12298

Für sofort suchen wir einen flotten, ganz

perfekten Fräser und 1 Strichätzer

welcher evtl. Auto schwarz beherrscht. Nur erstklassige Kräfte für Dauerstellung! Angebote an „HANSA“, Dresden-A 1, 1. ach 200, Pflinitzer Straße 5.



Offsetdrucker

für Ein- und Zweifarben-„Planeta“, welcher in Qualitätsarbeiten nachweislich langjährige Praxis hat, bei gutem Lohn gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften, Lebensalter und Lohnansprüchen erbelen an Willy F. P. Fehling, Hannover, Papierverarbeitungswerk.

Für Graphiker

ein praktischer Ratgeber mit 48 illustrierten Beispielen aus der Klischee- u. Drucktechnik von Hans Eckstein. (Höchste Anerkennung der Fachpresse!)

Aus dem Inhalt:

Die Wichtigkeit der Klischees nebst den näherten Bezeichnungen. Die Unterschiede und der Wertung des Halbschnittes — Strichstrungen — Abtotypen — Galvanos und Stereotypen. Wie soll die Zeichnung für Reproduktionszwecke beschaffen sein? Ihre Technik. — Praktische Maßangaben. — Die Wirkung illustrierter Inserate. — Strichzeichnung mit Rasterkombination. — Positiv-Retische — Farben-Klischees. — Die Abnutzung der Klischees und ihre Ursache. — Klischeebehandlung und Aufbewahrung und dgl. mehr! Preis 3,30 RM. gegen Nachnahme oder Vorauszahlung Postcheckkonto Leipzig Nr. 15 078 Conrad Müller, Schkeuditz Leipzig, Augustastraße 8

Fachliteratur!

Der Filmlichtdruck von Otto Neubert. Preis inkl. Nachnahme 1,70 RM.

Zu beziehen durch Conrad Müller, Schkeuditz Leipzig.